



>> NEWSLETTER AUS MADRID

>> *Untersuchungsausschuß“11-M“: PP weist Vorschlag des PSOE zurück*

Die Volkspartei (PP) hat den Vorschlag der Sozialisten (PSOE) abgelehnt, den parlamentarischen Ausschuß zur Untersuchung der Madrider Terroranschläge vom 11. März 2004 ergebnislos zu beenden und stattdessen einen parteienübergreifenden Pakt gegen den internationalen Terrorismus vorzulegen. Der PP sieht in dem Vorschlag des PSOE seinen Verdacht bestätigt, die Sozialisten wollten weitere Untersuchungen und Befragungen verhindern, die eventuelle belastende Fakten gegen PSOE-Politiker ans Tageslicht befördern könnten. Zwar sei die Volkspartei daran interessiert, den Untersuchungsausschuß noch vor ihrem Parteitag Anfang Oktober zu beenden, doch nicht zugunsten einer Vertuschungspolitik der Sozialisten. Hingegen signalisierte der PP seine Bereitschaft über den Untersuchungsausschuß hinaus, sich an einem von allen Parteien getragenen Pakt gegen den internationalen Terrorismus zu beteiligen. Der Untersuchungsausschuß nimmt seine Arbeit am 7. September wieder auf.

>> *Aristegui: Aznar-Regierung nicht schuld am hohen Ölpreis*

In seinem in der spanischen Tageszeitung El Mundo am 18. August veröffentlichten Artikel „Öl und Politik“ wandte sich der außenpolitische Sprecher des PP, Gustavo de Aristegui, vehement gegen den Vorwurf der Sozialisten (PSOE), die Regierung unter José



María Aznar (PP) habe durch ihre Irakpolitik Mitschuld an dem starken Anstieg des Ölpreises und sei daher für die nun drohende Wirtschaftskrise verantwortlich. Aristegui bezeichnete diese Vereinfachung als unseriös und sieht in den Anschuldigungen eine vorauseilende Ausrede der PSOE-Regierung für die zu erwartenden Mißerfolge ihrer Wirtschaftspolitik.

Inzwischen hat das Nationale Statistikamt bekanntgegeben, dass das Wirtschaftswachstum in Spanien mit 2,6 Prozent über dem EU-Durchschnitt liege, sich aber stetig verlangsamt. Für 2005 wird eine weitere Abnahme der Wirtschaftsentwicklung prognostiziert.

>> Neuordnung der Parteienfinanzierung

Mit einem erneuten Vorstoß will die sozialistische Regierung versuchen, das Parteienfinanzierungsgesetz zu reformieren. Die letzte Reforminitiative vor fünf Jahren war am Widerstand der Volkspartei PP gescheitert, die sich gegen das Verbot anonymer Spenden gestellt hatte. Von anonymen Spenden privater Personen profitierten in der Vergangenheit insbesondere der PP, die liberal-konservative CiU aus Katalonien sowie die baskischen Nationalisten PNV. Dennoch erklärten sich alle Parteien zu Verhandlungen bereit.

Für den PP erklärte Jaime Ignacio del Burgo, der bereits 1999 die Verhandlungen für den PP geführt hatte, es gäbe „Spielraum für eine Übereinkunft mit dem PSOE“, betonte aber zugleich, dass seine Partei eine „transparente und gesunde Partei“ sei. Man habe sich 1999 nur deswegen nicht einigen können, weil der Streit um Spenden für den PP möglicherweise dessen private Finanzierung hätte zerstören können.

CiU und PNV zeigten sich eher skeptisch über die geplante Initiative. Beide sind der Ansicht, dass private und öffentliche Finanzierung durchaus koexistieren können. Dennoch wolle man sich nicht gegen eine Reform sperren, denn die Bürger hätten ein Recht darauf zu wissen, woher das Geld komme und wohin es fließe.

Die linksnationalistische Esquerra Republicana (ERC) hat angekündigt, im September einen eigenen

Gesetzentwurf, der dem des PSOE ähnelt, vorzulegen.

>> Föderalismus-Debatte I: Katalonien - CDC befürchtet Verwässerung der Autonomie

Mit großer Skepsis betrachtet der Generalsekretär der katalanischen Convergencia (CDC), Artur Mas, die von Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero (PSOE) für den kommenden November einberufene Konferenz aller Regionalpräsidenten. Das Treffen führe zu einer Gleichberechtigung aller Autonomen in Spanien und verwässere damit den besonderen Autonomiestatus von Katalonien und dem Baskenland. Seine Region müsse aufpassen, dass sie bei den Gesprächen „von Angesicht zu Angesicht“ mit der Zentralregierung nicht in die Ecke gedrängt werde oder gar ersticke.

Auch die Linksnationalisten (ERC), die mit den Sozialisten in Barcelona eine Koalition bilden, meldeten Vorbehalte an. ERC-Sprecher Josep Huguet fügte jedoch hinzu, dass die Reformpläne der Zentralregierung in Madrid eher „symbolisch“ seien und letztlich im Sande verlaufen würden. Aus seiner Sicht könne eine echte Föderalismusreform nur mit umfassenden Verfassungsänderungen einhergehen, um den besonderen Autonomiestatus für Katalonien zu sichern. Dennoch wolle die ERC das Reformvorhaben zunächst unterstützen.

>>Föderalismus-Debatte II: Baskenland - Ibarretxe geht in die Offensive

Den von Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero angekündigten „Herbst der Autonomiepolitik“, in dessen Mittelpunkt die Konferenz der Regionalpräsidenten steht, nimmt der baskische Regionalpräsident Juan José Ibarretxe zum Anlaß, seinen Autonomieplan für das Baskenland, den sog. „Ibarretxe-Plan“, als zukunftssträchtigen „Friedensplan“ in den Vordergrund zu stellen. Die Skepsis der zentralistisch orientierten Parteien PSOE und PP sei laut Ibarretxe völlig unbegründet und zeuge lediglich von ihrer „Angst vor der Demokratie“. Ibarretxe bezeichnete die angekündigte Parlamentsdebatte und die Volksabstimmung im Baskenland um seinen Plan, die vom PP als verfassungswidrig und vom PSOE als höchst umstritten angesehen werden, als demokratisches Recht der Basken, ihre eigene Zukunft zu gestalten.

Hingegen kritisierte Ibarretxe den Vorstoß von Zapatero als unzulänglich. Die von der Zentralregierung in Madrid angestrebte Reform der Autonomiestatuten berücksichtige nicht in angemessener Weise die besondere Situation des Baskenlandes und Kataloniens. Die von Zapatero einberufene Konferenz der Regionalpräsidenten bezeichnete Ibarretxe als bloße Einhaltung eines Wahlsprechens der Zentralregierung in Madrid. Das Problem der Autonomiestatuten sei nicht durch eine Konferenz aller Regio-

nalpräsidenten zu lösen. Vielmehr müßten im Einzelfall konkrete Entscheidungen gefällt werden, um Autonomierechte in den Regionen auszubauen, die den Autonomiestatus verdienen.

Unterstützung für seinen Plan erhielt Ibarretxe von der verbotenen Batasuna, dem politischen Arm der ETA. Arnaldo Otegi, Chef der Batasuna, äußerte, der Ibarretxe-Plan enthalte eine reale Lösungsmöglichkeit des Baskenkonflikts. Gleichzeitig forderte er für Batasuna eine gleichberechtigte Teilnahme an den Verhandlungen im Baskenland. Nur so hätte das neue Staatsmodell für das Baskenland eine Chance zum Überleben.

>> Schwierige Haushaltsdebatte wirft ihren Schatten voraus

Die sozialistische Minderheitsregierung von Ministerpräsident Zapatero steht vor einem schwierigen Herbst. Nicht nur drohen die Verhandlungen um die Reform der Autonomiestatuten zu platzen, sondern auch die Debatte um den Staatshaushalt 2005 sorgt bereits jetzt für einigen Wirbel in der Regierung. Zapatero ist auf die Stimmen der kleineren Regionalparteien angewiesen, welche die Sommerpause dazu nutzen, um Forderungen für ihre Zustimmung zum Haushalt zu stellen. Die linksnationalistische ERC in Katalonien erwartet als Gegenleistung für ihre Zustimmung finanzielle Zusagen

der Regierung für Infrastrukturmaßnahmen in Katalonien. Auch die CiU hat starke Vorbehalte angemeldet. CiU-Generalsekretär Josep Duran i Lleida kündigte für seine Partei an, den Haushalt ablehnen zu wollen, wenn gleichzeitig die kommunistische Izquierda Unida (IU) zustimmt. Die CiU erwartet von Zapatero weitgehende Zugeständnisse in der Frage der Reform der Autonomiestatuten.

>> Portugal: Sampaio sieht Eingliederung der neuen Mitgliedsländer als Priorität an

In der französischen Tageszeitung "Le Monde" bezeichnete der portugiesische Präsident Jorge Sampaio die Eingliederung der neuen Mitgliedstaaten sowie die Annahme der Verfassung als höchste Priorität der EU. Ein Mißlingen würde das "europäische Konstrukt zerstören". Die Verfassung sei nicht das Ende einer Entwicklung, sondern der "Anfang einer neuen Phase", in der die gemeinsame Justizpolitik und GASP die EU weiter festigen sollen, betonte Sampaio. Es gelte nun, "die Zukunft mit beiden Händen zu greifen oder in die Vergangenheit zurückzufallen".

Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.
Aussenstelle Madrid
Inhaltlich Verantwortlich:
Michael Däumer
Zusammengestellt:
Stefan Reith / Sophie Seyfert
Design und Umsetzung:
Normann Kreuter
Postanschrift:
Paseo de la Castellana 167
28046 Madrid, España
Tel: (+34) 91 579 61 86
Fax: (+34) 91 571 86 12
Email: kasmad@gmx.net
Web: www.kas.de/espana